

Die Grenzen wirtschaftlichen Wachstums angesichts der Klimakrise

Ist die Klimawende im kapitalistischen
Wirtschaftssystem schaffbar?

VORWISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

vorgelegt von

Emina Serdarević

Betreuer: Prof. Mag. Horst Altenberg

Februar 2024



GYMNASIUM
BG|BRG ST.VEIT A.D. GLAN

Abstract

Die vorliegende vorwissenschaftliche Arbeit hat zum Ziel zu erörtern, ob und inwiefern die Klimakrise mit der Wirtschaft in direktem Kausalzusammenhang steht. Das heißt, ob der Kapitalismus als System stetigen Wachstums noch mit den planetaren Umständen des Klimawandels vereinbar ist oder ein ökonomisches Umdenken erfolgen muss.

Zunächst wird deshalb abgehandelt, wie es derzeit um das globale Klima steht, welche Rolle dabei Kapital, Konsum und Wirtschaftsleistung spielen und dann auch, welche politischen Ziele zur Bewältigung der Krise gesetzt werden. Einerseits wird die „grüne Wende“ mittels erneuerbarer Energien, aber bei weitergeführtem Wachstum, als gemäß der klimatischen Situation unmöglich, jedoch von der globalen Politik weiterhin als Ziel verfolgt, eingestuft. Andererseits werden Alternativen angeführt von einem Green New Deal, über die Gemeinwohlökonomie, Postwachstumsökonomie, Degrowth-Kommunismus hin zu einer ökologischen Kriegswirtschaft, während all diese ihre Vorzüge und Nachteile bergen.

Resultat ist eine reine Literaturarbeit, deren Hauptaugenmerk auf Analyse, Informationsextraktion und Kontextualisierung verschiedener Blickwinkel auf das Thema gelegen ist. Zur wichtigsten Erkenntnis hat diese Arbeit, dass grenzenloses Wachstum auch in „grün“ mit den Klimazielen nicht vereinbar ist und alternative Wirtschaftsweisen gedacht werden müssen. Grünes Schrumpfen aber hat diverseste Denksysteme, während Gemeinwohl und Gerechtigkeit ihnen allen zugrunde liegen.

Eigenständigkeitserklärung

Ich erkläre, dass ich diese vorwissenschaftliche Arbeit eigenständig angefertigt und nur die im Literaturverzeichnis angeführten Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

St.Veit/Glan, 21.02.2024

Emina Serdarević

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Die Verbindung zwischen Klima und Wirtschaft	3
2.1.	Wo die Welt in der Klimafrage steht	3
2.1.1.	Das 1,5-Grad-Ziel.....	5
2.2.	Zum Kapitalismusbegriff	7
2.2.1.	Klimabezogene Verteilungsunterschiede	10
2.3.	Österreichs Lage und Positionierung	13
2.4.	„Green Growth“ – Bestrebungen des Status Quo	15
3.	Beleuchtung wirtschaftlicher Alternativen.....	21
3.1.	Die Gemeinwohlökonomie nach Felber.....	21
3.2.	Der Green New Deal	24
3.3.	Postwachstumsökonomien	27
3.3.1.	Degrowth, Commons, Kriegswirtschaft.....	28
3.3.2.	Nullwachstum und Covid-19 als Beispiel	30
4.	Fazit.....	33
	Literatur.....	36
	Abbildungen.....	41

1. Einleitung

Sommer 2023, der „Sommer der Extreme“: Die weltweit heißesten Tage seit Messbeginn haben im Juli stattgefunden, die 50°C-Marke im Death Valley, USA, am 16. Juli brechend und eine neue weltweite Höchsttemperatur einstellend. Ebenso betroffen sind verschiedene Regionen der nördlichen Hemisphäre, vor allem Teile Nordamerikas, Mittel- und Südeuropas und Chinas gewesen.¹ Kanada hat die schlimmsten Waldbrände seiner Geschichte erlebt mit einer zerstörten Fläche von 100.000 Quadratkilometern Wald², während Slowenien noch nie verzeichnete, verheerende Überflutungen überstehen musste³, unter denen auch Kärnten zu Teilen hat leiden müssen. Das Mittelmeer hat einen Temperaturrekord mit 28,7°C erreicht.⁴ Die weltweite Temperatur befindet sich bereits bei schätzungsweise 1,2°C, doch über der 1,5°C-Marke werden noch gefährlichere Wetterextreme vorhergesagt als jene in dieser knappen Auswahl angeführten.⁵

Laut Wissenschaftlern werden Extremwetterereignisse und Naturkatastrophen wie diese sich aufgrund des gerade stattfindenden anthropogenen, also menschengemachten, Klimawandels häufen. Dieses Phänomen beschreibt den Zustand, in welchem das Klima sich durch die Gesamttemperatur der Erde ändert, hauptsächlich beeinflusst durch vom Menschen ausgestoßene Treibhausgase, durch welche die Atmosphäre stetig angeheizt wird.⁶

Ein Forschungskollektiv unter dem Namen *Club of Rome* hat bereits 1972 einen Report veröffentlicht, welcher der erste dieser Art gewesen ist und der Menschheit eine gewichtige Prognose stellte: Der „Limits to Growth Report“ formulierte Wachstumsgrenzen für das Verhalten des Menschen gegenüber der Natur. Würden die Wachstumsentwicklungen unter anderem in Bereichen der Industrialisierung, Umweltverschmutzung und des Ressourcenverbrauches unverändert voranschreiten, würden die planetaren Grenzen in den nächsten hundert Jahren seit Veröffentlichung des Berichts ausgeschöpft. Laut der Analyse

¹ Vgl. Zachariah, u.a.; WWA (2023).

² Vgl. Tagesschau (2023).

³ Vgl. Euronews (2023).

⁴ Vgl. ZDF-heute (2023).

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. IPCC (2007).

hätte die Überschreitung dieser unvorhersehbare und irreparable Schäden für die Welt zu bedeuten.⁷

So hat die kanadische Journalistin und langjährige politische Analystin Naomi Klein den Zusammenhang zwischen Klima und modernem Kapitalismus derart benannt, dass dies als Wirtschaftssystem des grenzenlosen Konsums und ökologischen Raubbaus der Kern der Klimakrise sei.⁸ Dem fügt Ulrike Hermann bereits im Untertitel ihres Buches „Das Ende des Kapitalismus“ hinzu, Wachstum und Klimaschutz seien nicht kompatibel.⁹ Schließlich pflichtet der UN-Generalsekretär António Guterres diesen Ansichten bei, indem er auf der COP15, der UN-Weltklimakonferenz 2022, warnt, die Menschheit sei mit ihrem „grenzenlosen Appetit auf unkontrolliertes und ungleiches Wirtschaftswachstum zu einer Massenvernichtungswaffe“ geworden, sich auf die Biodiversität des Planeten beziehend.¹⁰

Was die Hintergründe dieser Thesen sind und welche Rolle die Wirtschaft und der, nach wie vor angestrebte, Wachstumsdrang in ebendieser, in der Klimawende einnehmen, soll die vorliegende Arbeit durch Analyse der gegenwärtigen weltweiten Lage ergründen und zudem ausloten, welche wirtschaftlichen Alternativen es für die Zukunft der Erde geben könnte und ob solche überhaupt nötig seien.

⁷ Vgl. Meadows, u. a. (1972). S. 23.

⁸ Vgl. Klein (2019). S. 30.

⁹ Vgl. Hermann (2022).

¹⁰ ZDF-heute (2022).

2. Die Verbindung zwischen Klima und Wirtschaft

2.1. Wo die Welt in der Klimafrage steht

Untersuchungen der, einleitend angeführten, globalen Häufung von Naturkatastrophen und Wetterextremen sind laut Wissenschaft, Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels. Diese Ereignisse werden mit Sicherheit häufiger und extremer auftreten, solange die Welt die Verbrennung fossiler Energieträger nicht rasch eindämmt. Hitzewellen wie jene des Sommers 2023 würden alle zwei bis fünf Jahre auftreten, sollte sich die globale Temperatur 2°C über vorindustriellen Werten befinden.¹¹

Dementsprechend führt das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) weiter aus, dass die anthropogenen Treibhausgase die historisch bislang höchsten sind und kürzliche Klimaveränderungen merkbare Auswirkungen auf menschliche und natürliche Systeme gehabt hätten, womit es einen unanfechtbaren wissenschaftlichen Konsens zur Klimakrise und ihren Folgen mit fossilen Energieträgern als Haupttreiber dieser gibt.¹² Weiters unterstreicht ebendieser Bericht, dass die Risiken ungleich verteilt und generell größer für „benachteiligte“ Personen in Ländern aller Entwicklungsstadien sind.¹³

Über die jetzigen Treibhausgasemissionen hinaus zeichnet sich das Problem in der Erreichung von Kipppunkten, Veränderungen, die für das globale Klimageschehen relevant sind, ab. Diese werden in drei großen Gruppen unterschieden: Eiskörper, Strömungssysteme und Ökosysteme, welche wiederum die insgesamt 16 derzeit bekannten und möglichen Kipppunkte umfassen.¹⁴ So sind darunter vor allem die Austrocknung des Amazonas-Regenwaldes, die Verlangsamung des Golfstroms, die Vernichtung borealer Wälder, das Absterben der Korallenriffe, das Auftauen der Permafrostböden und das Abschmelzen des arktischen Meereises aktuell äußerst relevante Kipppunkte. Solche Entwicklungen treiben die Klimakrise unumkehrbar weiter an

¹¹ Vgl. Zachariah; u.a.; WWA (2023).

¹² Vgl. Pachauri; Meyer (eds.); u.a.; IPCC (2014). S. 18.

¹³ Ebd. S. 29.

¹⁴ Vgl. Dittrich; u.a.; (2023). S.19.

und würden bei Überschreitung einzelner Punkte zu einer weltweiten Graderhöhung um mehrere Temperaturgrade führen, ohne wieder rückgängig gemacht werden zu können.¹⁵

Die sogenannten Rückkoppelungseffekte sind beispielsweise daran klar erkennbar, dass der Rückgang des polaren Meereises zu einer großen Menge an Süßwasser im Nordatlantik führt. Dies verlangsamt durch Abkühlung des atlantischen Strömungssystems auch den Golfstrom und hat zusätzlich Auswirkungen auf die Regenhäufigkeit im Amazonas-Regenwald.¹⁶

Die Notwendigkeit eines politischen Wandels angesichts der Klimaveränderungen ist auch in der breiten Politiklandschaft bereits angekommen und schlägt sich nach und nach in politischen Agenden und Entscheidungen nieder. In seiner Analyse zum Politikwandel in Bezug auf das Klima und Systematiken gegen klimanotwendige Maßnahmen legt Maximilian Schiffers dar, wie, trotz verschiedener Gesetze zum Schutze des Klimas, stets noch „Schlupflöcher“ zugunsten klimaschädlicher Akteure bestehen. Dabei nennt er den europäischen und nationalen Emissionshandel, der zu geringe Anreize für eine bedeutende CO₂-Einsparung liefere, industriefreundliche, aber erneuerbare Energien belastende, Maßnahmen in der Energiepolitik und schließlich klimaschädliche Subventionen als Resultat von Lobbyismus. Dabei nennt er stellvertretend das Dienstwagenprivileg für verbrauchsintensive Fahrzeuge, die Steuerbefreiung für Kerosin im Flugverkehr, in Deutschland schließlich auch die zahlreichen Subventionen in Atom- und Kohleindustrie.

Schiffers zufolge sei den Lobby- und Interessensaktivitäten in politischen Entscheidungsprozessen der träge und langwierige Politikwandel jedoch übergeordnet. Bei diesem sei sich die Forschung besonders auf zwei zentrale Politik- und Interessenskoalitionen zu den Themen Klimaschutz und Energiewende einig: Die ökonomische und die ökologische Koalition, wobei es natürlich auch nicht klar positionierte Akteure gäbe. Dabei widerspricht der Autor dem Anschein eines Gleichgewichtes, da der politische Status Quo zugunsten der Unternehmens- und Wirtschaftsvertreter läge.¹⁷

¹⁵ Vgl. Winkler (2021). S. 20-22.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. Schiffers (2021). S. 230-244.

2.1.1. Das 1,5-Grad-Ziel

Das 2015 beschlossene Pariser Klimaabkommen hat es sich zum Ziel gesetzt, einen globalen Rahmen zur Eindämmung der sich global erhöhenden Temperatur zu schaffen und diese deutlich unter 2°C gegenüber vorindustriellen Werten, dem Durchschnitt von 1850 bis 1900, zu halten. Idealerweise aber sollte diese unter der 1,5°C-Marke liegen, um damit die verheerendsten Folgen des Klimawandels zu verhindern. Bei einer solchen Beschränkung wären die Anpassungsmöglichkeiten für den Menschen noch gegeben. Jedoch könnten diese 1,5°C bereits 2030 bei gleichbleibenden Treibhausgasausstoß und fehlenden bzw. nicht angewendeten Aktionsplänen erreicht werden. Ob dieses Ziel angesichts der schon geschehenden Naturkatastrophen, Rückkoppelungseffekten und den obengenannten Kipppunkten ausreichen wird, sei bereits jetzt „mehr als fraglich“.¹⁸

Das Abkommen haben damals 196 Staaten und die Europäische Union unterzeichnet und sich damit verpflichtet, ihren Treibhausgasausstoß so weit zu reduzieren, dass dieser möglichst zu keiner Übersteigerung des 1,5°C-Ziels führt. Zusätzlich inkludiert das Abkommen auch nationale Anpassungsmaßnahmen zum Schutz gegen die Auswirkungen des Klimawandels selbst. Jedoch kritisiert das UN-Umweltprogramm (UNEP) 2020 in seinem Bericht über die Lücke zwischen realen und den sich zum Ziel gesetzten Emissionen, dass die national bestimmten Beiträge bzw. Aktionspläne zur Einhaltung des Abkommens (NDCs) der einzelnen Staaten nicht ausreichen und jedenfalls zu einer Temperaturerhöhung von 3°C führen würden. So müssten die Staaten ihre Ambitionen um das Dreifache verschärfen, um unter die 2°C-Marke zu kommen, jedoch erst mehr als die fünffache Anstrengung könnte zur ernsthaften Einhaltung der 1,5°C führen. Durch ebendiese Verfehlungen der Staaten wird die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens mit jedem Jahr schwieriger und bedarf eines höheren Emissionsrückgangs pro Jahr. Die von mehreren Staaten vorgelegten „Net-Zero“-Emissionspläne seien die vielversprechendste Klimaschutzentwicklung 2020, doch müssten diese auch von den Staaten so durchgeführt werden, um glaubhaft zu bleiben und der Klimakrise entgegenzuwirken.¹⁹

¹⁸ Vgl. Winkler (2021). S. 22-23.

¹⁹ Vgl. Kuramochi, T.; den Elzen, M.; Peters, G. P. (2020). S. 17, S. 21.

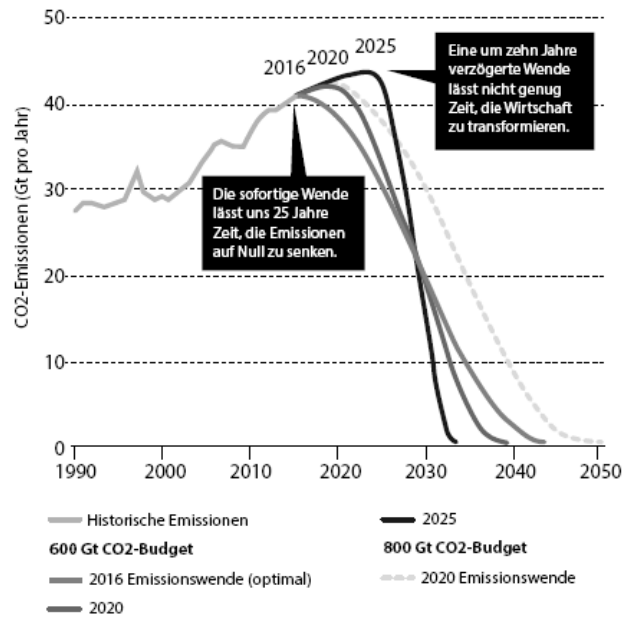


Abb. 1: CO₂-Reduktionswege für eine Klimastabilisierung bis 2050
(Zellner, 2021, S.73)

Sich auf das Global Carbon Projekt 2020 beziehend, entwirft Reinhard Zellner ein Diagramm dazu, welches zeigt, dass die sofortige Wende, also die Emissionsreduktion gen Null, im Jahr 2016 noch genügend Zeit für die Transformation der Wirtschaft gelassen hätte, die Kurve mit jedem vergehenden Jahr aber steiler wird und damit eine größere wirtschaftliche Herausforderung für einen jeden Staat darstellt. Weiters lasse eine zehn Jahre später einsetzende Wende laut ihm nicht mehr genug Zeit für eine solche Transformation.²⁰

Anfang November 2023 legt ein Bericht der Vereinten Nationen (UN) jedoch offen, dass die größten Kohle-, Gas- und Ölförderländer planen, doppelt so viel an fossilen Brennstoffen im Jahr 2030 zu fördern, wie mit dem 1.5°C-Ziel und damit dem Pariser Klimaabkommen vereinbar wäre. 17 dieser 20 Staaten hätten zwar die Einhaltung der Netto-Null-Emissionen zugesichert und Initiativen dafür eingeführt, doch keines der Länder hätte sich dazu verpflichtet, die Produktion von Kohle, Gas und Öl in Übereinstimmung mit dem 1.5°C-Ziel zu verringern. Mehr noch würden die Regierungen erhebliche Subventionen und Maßnahmen zum Nutzen der Produktion fossiler Energieträger fortführen.²¹

²⁰ Vgl. Zellner (2021). S. 73-74.

²¹ Vgl. UNEP (2023).

2.2. Zum Kapitalismusbegriff

Eine mögliche Definition des Kapitalismus lautet wie folgt: Seine Bezeichnung ist vom 18. auf das 19. Jahrhundert hin geprägt worden und zeichnet sich als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des privaten Eigentums von Produktionsmitteln, des Ziels der Gewinnmaximierung und der Bestimmung der Wirtschaftsentwicklung durch den Markt, dessen Angebot und Nachfrage, aus. Wirtschaftliches und soziales Zusammenleben würden grundlegend bestimmt durch die privilegierte Rolle und Interessen der Kapitaleigentümer gegenüber den Arbeitenden, indem durch den Kapitalbesitz auch Verfügungsgewalt über die produzierten Mittel und die produzierenden Arbeiter einherkäme und die Erwirtschaftung von Profiten wiederum auf den Kapitaleigentümer zurückginge. Weiters hätte der Kapitalismus seine Blütezeit von der industriellen Revolution bis ca. 1870 erlebt, seine ursprünglichen und historischen Zustände jedoch seien nicht vergleichbar mit denen heutiger marktwirtschaftlich orientierter Staaten. Dies liege an deren Implementierung sozialer und weiterer Regulierungen im Markt- und Wirtschaftsgeschehen und die daraus resultierenden weiterführenden Bezeichnungen der freien, sozialen oder öko-sozialen Marktwirtschaften.²²

Allerdings bezieht sich dieser Definitionsansatz eher auf den Kapitalismus als Epoche, weniger aber auf seine Ausprägungen in der heutigen Wirtschaft. Darum beziehen sich verschiedene Wirtschaftswissenschaftler/innen auf den gegenwärtigen Kapitalismus als historisch gewachsenes Konstrukt. Beispielsweise nutzt der Wirtschaftswissenschaftler Branko Milanovic Karl Marx' und Max Webers Definition des Kapitalismus als ein System, in welchem der Großteil der Güter mit, sich im Privateigentum befindlichen, Produktionsmitteln hergestellt wird, in welchem (per Gesetz nach) freie Arbeitskräfte durch die Kapitaleigentümer beschäftigt sind und in welchem die Koordination des Wirtschaftslebens dezentral organisiert ist.²³ Milanovic zufolge ist es überdies zum ersten Mal in der Geschichte der Fall, dass der

²² Vgl. Pollert, A.; Kirchner, B.; Polzin, J. M.; bpb (2016).

²³ Vgl. Milanovic (2020). S.50-51.

Kapitalismus sich nicht nur als das herrschende, sondern auch als das einzige System global etabliert hat.²⁴

Ebenso zitiert der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty Ken Pomeranz' Ansatz, die Entwicklung des „westlichen Industriekapitalismus“ sei unauflöslich an Systeme der Arbeitsteilung auf internationaler Ebene, grenzenlose Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und die Militär- und Kolonialherrschaft europäischer Mächte über den Rest der Welt gebunden.²⁵ Er führt fort, das internationale Rechtssystem käme weitestgehend einem Neokolonialismus (zum Vorteil der Reichsten) gleich, welches auf „unkontrollierbarem Kapitalverkehr ohne sozialer oder klimatischer Zielvorgaben“ beruhe.²⁶

Weiterführend bettet die Publizistin Ulrike Hermann die erstgenannte Definition in einen historischen Kontext und zieht den Konnex zum Heute: Durch die industrielle Revolution ist Wachstum erst ermöglicht worden, und diese setzte bereits bei der Erschließung und Nutzung fossiler Energieträger an. Daraus hat sich der Kapitalismus als florierendes System entwickelt und ausnahmslos zu einer Erhöhung des Lebensstandards durch Wohlstand geführt, wie auch zu Entwicklung und Möglichmachung der Demokratie, einer stark erhöhten Lebenserwartung, eines stabilen Sozialsystems, breiter Bildung und anderer zivilisatorischer Errungenschaften. Für diese sei verbreiteter Wohlstand, die Möglichkeiten von Investitionen und Konkurrenz ausschlaggebend gewesen. Die Autorin hält fest: Wachstum schafft Wohlstand und ohne Energie geht es nicht, der Kapitalismus hat fossil werden müssen.²⁷

Hier setze auch die Krux des Kapitalismus an: Er erzeuge nicht nur Wachstum, sondern müsse auch selbst wachsen, um stabil fortbestehen zu können. Ohne Expansion bräche das kapitalistische System zusammen, eine infinite Expansion bei finiten Rohstoffen aber sei in sich unmöglich.²⁸

²⁴ Ebd. S.23-24.

²⁵ Vgl. Piketty (2022). S.26-27.

²⁶ Ebd. S.43.

²⁷ Vgl. Hermann (2022). S.19, 23, 28, 43, 46-50.

²⁸ Ebd. S.11, S. 84.

Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist bereits bei Piketty genannt worden. Seine zusätzliche kontextuale Verbindung des Kapitalismus mit der internationalen Arbeitsteilung und Kolonialmächten ist insofern ebenso geschichtlich relevant, da die Industrialisierung eng mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung von Arbeitskräften und Rohstoffen der Kolonien durch die europäischen Kolonialstaaten verbunden ist. Dass er davon die Verbindung zu einem heute existierenden Neokolonialismus zieht, kann, durch in diesem Zusammenhang häufig angeführte Entwicklungen der Globalisierung, bei welchen westliche Industriestaaten Produktionsprozesse in die ärmeren Entwicklungsländer des globalen Südens auslagern, unterstrichen werden. Mit diesen wird die Ungleichheit durch billigere Arbeitskräfte, geringere Umweltauflagen, einfacheren Zugängen zur Ausbeutung vorhandener Ressourcen verfestigt, und der Wohlstand in den erstgenannten Staaten gemehrt.²⁹

Zudem muss wiederum auf Hermanns Darlegung verwiesen werden, dass der Kapitalismus zwar ein System ist, welches mit vorhandener Ungleichheit arbeitet (Arbeitgeber- und -Nehmerverhältnisse) und diese durch verschiedenartige Profitverteilung auch festigt, jedoch bei Betrachtung großen historischen Umfangs dennoch zu allgemeinerem Wohlstand und einer Minderung der Ungleichheitsverhältnisse führt.³⁰

Trotz der verschiedenen Zugänge zu diesem Begriff beschränkt sich diese Arbeit auf den Kapitalismus als ein System des exponentiellen Wachstums und der Beziehung zu natürlichen Ressourcen. Hierbei werden einerseits kurz die mit dem Kapitalismus verbundenen Entwicklungen von Ungleichheit und Verteilungsunterschieden beleuchtet (2.2.1), andererseits und vorrangig auf die daraus resultierenden Folgen für das Klima und der Nachhaltigkeit einer solchen Wirtschaft eingegangen (2.4), wie im historischen Zusammenhang bereits knapp angeführt worden ist.

²⁹ Vgl. Dittrich; u.a.; (2023). S.64.

³⁰ Vgl. Hermann (2022). S.25-26.

2.2.1. Klimabezogene Verteilungsunterschiede

In seinem 2015 in Hinblick auf das Pariser Klimaabkommen veröffentlichten Bericht verdeutlicht Oxfam die Verbindung zwischen Einkommen bzw. Reichtum und den Emissionen pro Kopf. Dem Bericht zufolge herrsche extreme Ungleichverteilung an Emissionen (*Carbon Inequality*),³¹ die nicht nur die Ärmsten, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, am stärksten betreffe, sondern wäre dem Politikwissenschaftler Fergus Green und dem Nachhaltigkeitsforscher Noel Healey zufolge auch ein ausschlaggebender Motor für die stattfindende Klimaerwärmung.³²

So seien die ärmsten 3.5 Mrd. Menschen bloß für 10% der Emissionen aus persönlichem Konsum verantwortlich, lebten aber überproportional oft in vom Klimawandel stark betroffenen Gebieten. Währenddessen bildeten die weltweit reichsten 10% den Ursprung von fast der Hälfte der Emissionen, resultierend aus dem eigenen Lebensstil und dem damit verbundenen Konsum (*lifestyle consumption emissions*).³³

Der Bericht betrachtet dabei ca. jene 64% der weltweiten Emissionen, die aus den Pro-Kopf-Konsum und -Lebensstil resultieren. Die übrigen 36% verteilen sich auf die durch Regierungen verursachten Emissionen, decken also Infrastruktur, Kapital und internationalen Transport ab. Letztere aus den Analysen ausgenommen, führt es zu einer Perspektivenverschiebung vom produktionsbedingten zum konsumbedingten Emissionsausstoß von Staaten. Damit kann man die Lage Chinas eher nachvollziehen, welches die EU in den Pro-Kopf-Gesamtemissionen zwar überholt hat, doch liegt der Pro-Kopf-Emissionswert durch persönlichen Konsum trotzdem unter jenem der reichsten OECD-Länder. Grund dafür sei Chinas führende Rolle bei der Produktion von globalen Exportwaren.³⁴

³¹ Vgl. Gore; Oxfam (2015).

³² Vgl. Green; Healy (2022).

³³ Vgl. Gore; Oxfam (2015). S.4-7.

³⁴ Ebd. S.8

Der World Inequality Report 2022 nimmt ebenso Bezug auf Emissionsungleichheiten aufgrund von Einkommen bzw. Reichtum und listet, jenen von Oxfam ähnliche, Daten. Diesem zufolge sei, wie auch Green und Healy unterstreichen, die Beschäftigung mit großer Ungleichheit essenziell zur Lösung der Klimafrage.³⁵

Die reichsten zehn Prozent besitzen zwischen 60 % (Europa) und nahezu 80% (weltweit) des Vermögens und emittieren 29 Tonnen (Europa), 39 Tonnen (Ostasien) und 73 Tonnen CO₂ (USA) pro Person und Jahr. Die ärmere Hälfte besitzt 5 % (Europa) oder weniger und emittiert ca. fünf Tonnen (Europa), drei Tonnen (Ostasien) und zehn Tonnen (USA). Bemerkbar ist dabei, dass die Diskrepanz der Ungleichheit nicht nur zwischen Staaten (und dabei vorrangig in der Unterscheidung von Industrie- und Entwicklungsländern bzw. reichen und armen Ländern), sondern auch innerhalb dieser auffallend ist.³⁶

So würde der Bericht ebenso aufzeigen, dass die ärmere Bevölkerungshälfte in reichen Staaten, auf einer Pro-Kopf-Ebene ausgedrückt, bereits (nahe) bei den von diesen gesetzten Klimazielen für 2030 sei. Dies sei aber nicht der Fall für die obere Hälfte der Bevölkerung. Große Emissionsunterschiede würden vermitteln, dass sich Klimaschutzmaßnahmen auch stärker auf wohlhabende „Umweltsünder“ (*wealthy polluters*) richten müssten, wobei sie bisher jedoch überproportional oft Gruppen niedrigen bis mittleren Einkommens betroffen hätten. Währenddessen blieben die Konsumgewohnheiten der reichsten Gruppen unverändert.³⁷

Im Vorhergehenden ist die Ungleichverteilung von Emissionen aufgrund von Einkommen und Reichtum dargelegt worden. Green und Healy ergänzen diese Daten um die Ursachen und Erkenntnisse, in welcher Art und Weise diese sozio-ökonomischen Ungleichheiten zur Klimakrise selbst beitragen, wobei diese Ungleichheiten ihnen zufolge durch das Klima gleichzeitig verstärkt werden.³⁸

³⁵ Vgl. Chancel L.; Piketty T.; Saez E.; Zucman G. (2022).

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd.

³⁸ Vgl. Green; Healy (2022).

Wie bereits beschrieben steige bei höherem Einkommen auch der eigene Emissionsausstoß durch die Menge und Art des eigenen Konsums. Nun führen Green und Healy an, dass die Treibhausgasemissionen in einem „Business-as-usual“-Szenario im Jahr 2030 um 30% verringert werden könnten, wenn die Emissionen der 1.1 Mrd. stärksten Emittenten global auf ihr am wenigsten emittierendes Mitglied beschränkt würden. Zusätzlich dazu seien nicht nur Einkommen und Verbrauch der Reichsten ausschlaggebend, sondern auch der gesellschaftliche Nachahmungseffekt von Statussymbolen eines solchen oder ähnlichen Konsums durch den Rest der Gesellschaft, was sich wiederum in höheren konsumbezogenen Emissionen von diesem aus niederschlägt.³⁹

Wohlstandsungleichheit hätte auch einen Effekt in der Beeinflussung von Unternehmen und ihrer Produktion: So würden Wohlhabende ihre ökonomische Macht nutzen, um Kontrolle über produktive Investitionen (*productive investment*) zugunsten kurzfristiger Interessen von Anteilseignern zu gewinnen, doch zum Nachteil und Schaden für das Klima. Eine solche Einflussnahme herrsche auch auf politischer Ebene, welche sich in Gesetzen zum Vorteil von CO₂-intensiver Produktion und ihrer Ausweitung am Beispiel von Subventionen für fossile Brennstoffe einerseits und der Behinderung von Klimaschutzmaßnahmen andererseits.⁴⁰

Jene, die arbeitslos oder geringverdienend seien, würden sich um ihre ökonomische Situation sorgen und aufgrund dessen stärkere Ablehnung oder fehlende aktive Unterstützung gegenüber Klimaschutzmaßnahmen zeigen. Ihnen fehlten auch die finanziellen Mittel oder Anreize, um in kostspielige energieeffiziente oder CO₂-arme Produkte zu investieren. Beides würde direkt ihre Möglichkeiten einer Verringerung von Konsumemissionen schwächen und dementsprechend ihre Ängste vor „inflationären Effekten“ durch Klimaschutzmaßnahmen schüren.⁴¹

Schließlich würden soziale und ökonomische Ungleichheiten den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen und dadurch die Bereitschaft, für das gemeinsame Wohlergehen zu kooperieren.⁴²

³⁹ Ebd. S.3.

⁴⁰ Ebd. S.7.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

Als Antwort auf diese Problemstellungen, bei welchen Green und Healy den Konnex von Wohlstands- und Emissionsungleichheit zur Klimaentwicklung ziehen, entwerfen sie Lösungsvorschläge im Rahmen eines Green-New-Deal-Szenarios (siehe 3.2.).

2.3. Österreichs Lage und Positionierung

Österreich hat als Land, welches das Pariser Klimaabkommen unterschrieben hat, sich zu den Klimazielen bis zum Jahr 2030 bekannt und ist damit auch verpflichtet, Strategien zur Erfüllung dieser Ziele auszuformulieren und zu erfüllen. Ein Bericht des Umweltbundesamtes von 2023 legt offen, dass Österreich ohne Zusatzmaßnahmen zum bisherigen Vorgehen die EU-Klimaziele für 2030 klar und mit Sicherheit verfehlen wird und es ambitioniertere Maßnahmen brauche. Der Bericht prognostiziert, bei nun bereits implementierten Maßnahmen würde 2030 Österreich immer noch zwölf Millionen Tonnen mehr CO₂-Abgase emittieren als vorgesehen. Nicht beachtet werden in dieser Prognose jedoch geplante und zusätzliche Schritte, die noch nicht umgesetzt, aber „durchaus ambitioniert“ sind. Damit würde Österreich auch seine geplante Klimaneutralität bis 2040 nicht erreichen. Das EU-Klimaziel liegt derweil bei einem Netto-Null-Ausstoß bis 2050. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen die österreichischen Emissionen um 48% bis 2030 gegenüber 2005 gesenkt werden. Dies sei mit konsequenten Maßnahmen noch erreichbar, so der Bericht.⁴³

Ebenso wie die Klimaneutralität bis 2040 sieht das Regierungspapier der aktuellen türkis-grünen Regierung ein ehrgeiziges Klimaschutzgesetz mit deutlichen Pfaden zur Treibhausgasreduktion, Zeitrahmen, Zuständigkeiten und den dafür nötigen Ressourcen vor. Einerseits positioniert sich Österreich damit ambitioniert, auch auf EU-Ebene, doch leidet die Umsetzung vor allem unter Verzögerungen und verschiedenen Ansichten. So hat sich Bundeskanzler Karl Nehammer in seiner „Rede zur Zukunft der Nation“ im März 2023 gegen

⁴³ Österreichisches Umweltbundesamts (2023).

ein Verbot von Verbrennungsmotoren ausgesprochen und für Österreichs Zielposition als „Technologieführer“ in einer CO₂-neutralen Welt plädiert, wie er im Nachhinein genauer erläutert.⁴⁴ Aus der Klimawissenschaft folgte die Antwort, dass ginge sich „rein mit den Naturgesetzen nicht aus“, so beispielsweise der Klimaökonom Karl Steininger.⁴⁵

Beispielhaft sind Österreichs Lage und Positionierung im Bereich der Infrastruktur, Wohnen und Verkehr: Laut Andreas Novy, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, sind die beiden schwerwiegendsten klimarelevanten Konsumsektoren im Alltag Mobilität und Wohnen.⁴⁶ Eine Reportage des Senders Arte zeigt, wie ebendiese beiden in Österreich einen besonderen gesellschaftlichen Stellenwert genießen. So gehöre Österreich, im Verhältnis von Einwohnern und Fläche betrachtet, zu Europas führendem Bodenverbraucherland. Obwohl Österreich viermal kleiner ist als Deutschland, verbraucht es doppelt so viel Fläche pro Tag. Siebenmal kleiner als Frankreich, misst Österreich fast dieselbe Meteranzahl an Straße. Der Bodenverbrauch und die Bodenversiegelung bezeichnen den dauerhaften Verlust biologisch produktiven Bodens durch Verbauung zum Zweck von Siedlungs-, Verkehrs oder Freizeiträumen. 2022 habe das Land noch immer 12 Hektar Land pro Tag verbraucht, bis 2050 sieht die Europäische Union aber einen Netto-Null-Verbrauch vor.

Österreichs Versiegelungsproblem baut vor allem auf den Sektoren des Wohnens im Bau von Eigenheimen, wie auch dem Bereich des Verkehrs beim Straßenbau. Währenddessen steht eine österreichweite Gesamtfläche an Industrie-, Gewerbe- und Wohngebiet, ähnlich groß wie Wien, leer. Das Fehlen einer nationalen Bodenschutzstrategie wird insbesondere bei der Entscheidungshoheit von Raumplanung und Bodenverbrauch verortet, bei den politischen Entscheidungsträgern, wo die Verantwortung dafür in Österreich nicht zentral-national liegt und organisiert ist, sondern in den Aufgabenbereich der Gemeinden fällt. Bei dieser dezentralen Herangehensweise entgleite der Blick für das große Ganze, wodurch Österreichs gesamte Klimastrategie und die Erreichung der Ziele ins Stocken gerät.⁴⁷

⁴⁴ Vgl. APA; Standard (2023).

⁴⁵ Vgl. Miller (2023).

⁴⁶ Vgl. Auer; Novy (2023)

⁴⁷ Vgl. ARTE-Journal (2023).

Was die globale Emissionsungleichheit betrifft, unterscheidet sich Österreich nicht von der internationalen Sachlage: Das Momentum Institut rechnet anhand der Daten aus der World Inequality Database vor, die einkommensärmere Bevölkerungshälfte Österreichs habe im Jahr 2019 ihren Treibhausgasausstoß um 9% verringern können im Vergleich zu den Werten aus dem Jahr 1990. Das reichste Einkommensprozent hingegen habe beim eigenen Ausstoß um 45% zugelegt. Generell würden die reichsten 10% auch in Österreich mehr emittieren als die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Auch hier werden die unterschiedlichen Arten von Konsum und Konsumgütern, von Grundbedürfnissen zu „exzessivem Konsum“, als Gründe dafür verortet.⁴⁸

2.4. „Green Growth“ – Bestrebungen des Status Quo

Die globale Wirtschafts- und Klimakommission erklärt in ihrem 2018 erschienenen Bericht, wir würden eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums betreten, welches unter anderem stark und nachhaltig sein soll. Bezweckt werden soll dies durch rasche technologische Innovationen, nachhaltige Infrastrukturinvestitionen und erhöhte Ressourcenproduktivität.⁴⁹ In dieselbe Richtung schlagen auch die Pläne der EU-Kommission, mittels dem Green Deal eine Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Emissionsreduktionsziele, das Emissionshandelssystem und die „grüne industrielle Revolution“ sind dabei Schlagworte.⁵⁰ Ebenso betont der Wirtschaftsjournalist Thomas L. Friedman, man müsse die „grüne Revolution“ als „Businesschance“ begreifen.⁵¹

⁴⁸ Vgl. Spurny; Momentum Institut (2023).

⁴⁹ Vgl. Mountford, Helen; u.a. NCE (2018). S.10.

⁵⁰ Vgl. Europäische Union (2021).

⁵¹ Zit. n. Saito (2023). S.85-86.

Erreicht werden soll dies, wie die Publizistin Ulrike Hermann ausführte, indem die Umwelt in erster Linie einen Preis erhält bzw. der durch CO₂-Emissionen verursachte Klimaschaden bepreist wird. Wird Umweltverschmutzung durch zu hohe Emissionen und ihre Preise unrentabel, lohne sich Klimaschutz automatisch, so die These. Firmen und Unternehmen würden für schädlichen Verbrauch aufkommen müssen, die Kräfte des Marktes könnten ohne übermäßiges staatliches Eingreifen Emissionen dort einsparen, wo dies am raschesten und günstigsten möglich sei.⁵² Zentral darin sind CO₂-Steuern und CO₂-Zertifikate, jede emittierte Tonne CO₂ erhält dabei einen, stetig wachsenden, Preis. Erstere sollen, wie angeführt, zu einer „natürlichen“ Emissionsreduktion durch den Markt führen. Letztere sind relevant im Emissionshandel, wie ihn die Europäische Union anstrebt. Diese „Verschmutzungsrechte“, wie Hermann sie benennt, basieren auf staatlich festgelegten Mengen, wie viele Gesamtemissionen jährlich emittiert werden dürfen und dementsprechend werden Zertifikate abgefasst. Diese müssen Unternehmen besitzen oder an der Börse erwerben, sofern sie CO₂ ausstoßen wollen oder müssen. Die Preise bildeten sich daher am Markt, ohne staatlicher Regulierung. Um einen Innovationsdruck zu erzielen, würde sich die erlaubte Emissionsmenge und damit die vorhandenen Zertifikate nach und nach verringern. Allerdings sind darin EU-weit nur 45% aller Treibhausgase abgedeckt worden, zudem sind die Preise anfangs „lächerlich niedrig“ gewesen und zusätzlich hat es durch das Auftreten von Spekulanten am Markt auch vorerst mehr Zertifikate als Bedarf nach diesen gegeben. Anschließend habe man ernstzunehmende Preissteigerungen eingeführt. Jedoch bleibt ein Kritikpunkt, die verlässliche Berechnung davon, wie teuer der Verbrauch fossiler Energien zukünftig wäre, ist für Unternehmen aufgrund der Preisschwankungen von Öl und Gas am Markt schwierig und damit die Berechnung, ob sich die Investition in klimafreundliche Energien überhaupt auszahle.⁵³

Durch solche Preisverschiebungen am Markt sollen alternative „grüne“ Konsummöglichkeiten attraktiver werden. Im Gegenteil zu einer Konsumreduktion würden die Ökonomen es sogar gutheißen, wenn die Deutschen (die Autorin nimmt fast ausschließlich Bezug auf Deutschland) weiterhin viel konsumierten.⁵⁴ Allgemeiner schreibt Naomi Klein eben dazu, die gerade im Entstehen begriffene Ökonomik des grünen Wachstums knüpfe (defacto nahtlos) an die

⁵² Vgl. Hermann (2022). S.216-219.

⁵³ Ebd. S.329-330.

⁵⁴ Ebd. S.223.

Geschichte des Wirtschaftsaufschwungs der Nachkriegszeit an, zu dessen negativen Folgen allen voran die Förderung einer Gesellschaft zählt, deren Lebensstil und Identität sich auf Konsum gründen würden. Die derzeitigen Bestrebungen scheinen solcherart zu sein, diesen Konsum beibehalten zu wollen, jedoch nun in „grün“.⁵⁵

Anschließend soll das „Kernkonzept der Klimapolitik“⁵⁶ greifen: Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Emissionen mittels Innovation und technologischem Fortschritt. Dies soll durch erneuerbare Energien und weiters durch Effizienzsteigerung dieser geschehen. Um Klimaschutz zu ermöglichen, muss laut Hermann nachvollziehbarerweise auch der enorme Stromverbrauch sinken. Laut ihr nehmen die meisten Studien einen Rückgang des Energieeinsatzes um sogar die Hälfte an. Mit geringerem (zur Verfügung stehendem) Energieeinsatz soll immer mehr Produktion und damit Ertrag zustande kommen, die besagte Entkopplung. Ökologisch produzierter Strom durch Solar- und Windkraft bietet immerhin großes Potenzial: Ersparnisse in der Primärenergie, indem sie effizienter für die Stromnetze sind als konventionelle Kraftwerke. Elektrische Wärmepumpen sind sogar noch effizienter, so Hermann. Ein weiteres angepriesenes Mittel sind Elektroautos, die ebenso einen deutlich höheren Wirkungsgrad aufweisen im Vergleich zu konventionellen Verbrennern.⁵⁷

Dem folgen aber automatisch Fragen nach der Produktion und Rohstoffbedarf dieser grünen Energiegüter. Elektroautos seien in ihrer Produktion extrem CO₂-intensiv, ihre Herstellung und die von Akkus benötigte selbst viel Energie. Immerhin bliebe das grundsätzliche Problem der Ineffizienz von Autos bestehen, gleich, ob es sich um E-Autos oder Verbrennermotoren handelt, bedenke man, dass sie ein bis zwei Tonnen wiegen, um durchschnittlich bloß 1,3 Personen zu befördern, illustriert Hermann weiter.⁵⁸ Das Rohstoffproblem verschwindet bei grünen Technologien nicht, sondern steigt weiter. So bedürfe ein Elektroauto sechsmal so vieler Rohstoffe wie ein herkömmliches. Bei Solarpaneelen und Windrädern verhält es sich ähnlich in Bezug auf den hohen Rohstoffbedarf. Will die ganze Welt klimaneutral wirtschaften, würde

⁵⁵ Vgl. Klein (2019). S.296-297.

⁵⁶ Vgl. Kurz; Spangenberg; Zahrt. (2019). S.35.

⁵⁷ Vgl. Hermann. S.162-166.

⁵⁸ Ebd.

der Bedarf an Mineralien zwangsläufig in die Höhe schnellen. So prognostiziert die Internationale Energieagentur (IEA), dass sich bis 2040 die Nachfrage nach Lithium um das 42-Fache steigern würde, bei Graphit um das 25-Fache, Kobalt um das 21-Fache, Nickel um das 19-Fache, seltene Erden um das Siebenfache, Kupfer um das Doppelte.⁵⁹

Der japanische Wirtschaftsphilosoph Kohai Saito zeichnet ein zunächst etwas zuversichtlicheres Bild zur Entkopplung der Industriestaaten. So hätte ein beachtlicher Effizienzfortschritt im Energieverbrauch stattgefunden, in den USA und Großbritannien beispielsweise um 40% seit 1980. Auch in den OECD-Ländern sei der Energieverbrauch anteilmäßig zum BIP gesunken, während letzteres gestiegen sei. Entkopplung funktioniere also, jedoch nicht absolut. Denn die emissionsintensive Produktion von Waren werde systematisch in Staaten des Globalen Südens ausgelagert, um schließlich wieder in die Industrieländer exportiert und dort konsumiert zu werden. Indem sich dabei der Energiebedarf in Schwellenländern aufgrund ihres Wirtschaftswachstums erhöhe, stiegen die weltweiten Emissionen sogar durch die angestrebte Entkopplung der Industrieländer.⁶⁰ Saito setzt fort, wie paradox es sei, dass die technische Effektivitätssteigerung zwar unerlässlich sei, mit den gestiegenen Investitionen in erneuerbare Energien ist der Verbrauch fossiler Brennstoffe aber nicht gesunken. Aus diesem Grund bezeichnet er die erneuerbaren auch gar nicht als Ersatz für die fossilen Energieträger, sondern eher eine Ergänzung, um den stetig wachsenden Energiebedarf bei wachsender Wirtschaft zu decken.⁶¹

Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommt auch der Production Gap Report 2023 des Umweltprogramms der UN (UNEP): Viele Regierungen würden demzufolge Erdgas als „essenziellen Übergang“ fördern, ohne sichtbarer Pläne, später von diesen abzulassen.⁶² Von diesen genannten Regierungen ist auch die EU-Kommission nicht ausgeschlossen, die Pläne 2022 unterbreitet hat, Erdgas und Atomkraft als „grün“ einzustufen.⁶³

⁵⁹ Ebd. S.155-156.

⁶⁰ Saito (2022). S.107-111.

⁶¹ Ebd. S.114.

⁶² Vgl. UNEP (2023).

⁶³ Vgl. Mischitz, V.; Yossef, A.; Sonnweber, P. (2022).

Den Bestrebungen eines weiter forcierten, endlosen, grünen Wachstums steht eine Analyse bezüglich des fehlenden Szenarios „Klimaschutz ohne Wachstum“ zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels von Rudi Kurz, Joachim H. Spangenberg und Angelika Zahrt angesichts des IPCC-Berichts aus dem Jahr 2018 entgegen: Dieselbe Studie gehe stets rein von Wachstumsszenarien und -pfaden für die Zukunft aus, so die zentrale Kritik der Autor/innen.⁶⁴ Gleichzeitig würden die vom IPCC prognostizierten Szenarien untermauern, dass eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums von den Emissionen nicht ausreichend wirksam sei, was jedoch, wie oben ausgeführt, als „Kernkonzept der Klimapolitik“ benannt wird. Grünes Wachstum könne es mit Sicherheit für einzelne Sektoren geben, womöglich jedoch nicht für die gesamte Wirtschaft, räumen die Autor/innen der zitierten Analyse mit Vorsicht ein.⁶⁵

Mehr noch wird der vorgeschlagenen Strategie des IPCC eine Verlagerung des Problems und eine Verschiebung der Last in die Zukunft durch Handlungsempfehlungen, wie mit dem überschüssigen CO₂ in der Atmosphäre umzugehen sei, vorgeworfen. So bezeichnet das IPCC es als alternativlos, diesen „Overshoot“ durch „negative Emissionen“ wieder auszugleichen. Zu diesen gehören vor allem der großflächige Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung und die unterirdische Speicherung von CO₂. Einerseits werde man einem solchen „Overshoot“ wenigstens temporär nicht ausweichen können, Verringerung der Emissionen auf ein klimaverträgliches Niveau sieht der IPCC dabei nicht mehr als möglich an. Andererseits seien solche Vorgehensweisen sehr kontrovers zu behandeln mit Blick auf unerprobte, risikoreiche Auswirkungen, die von Klimarisiken eines Overshoots und deren Unumkehrbarkeit über technische Erfordernisse, Speicherung, Flächenverbrauch und biologische Diversität reichen.⁶⁶

Ob alldem stellt sich zusätzlich auch eine Frage, die Klein in Bezug auf ihren Entwurf eines Green New Deals und dessen „grünen Jobs“ (dazu näheres in 3.2.) ausformuliert hat: Maßgeblich sei, dass es ein konkretes Konzept gäbe, wie Löhne und Gehälter aus diesen grünen

⁶⁴ Vgl. Kurz; Spangenberg; Zahrt. (2019). S.35-36.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ebd.

Jobs nicht in verschwenderischen Konsum flößen und damit automatisch zu Emissionssteigerungen führten. Als Beispiel für diese führt sie „Wegwerfprodukte“ aus China an.⁶⁷ Angenommen es bestehe kein Plan zur Verhinderung solcher Produkte und solchen Konsums, wobei, wie bereits ausgeführt, der Konsum zugunsten des Wachstums explizit weiter gefördert werden soll, falle auch dieses Argument erschwerend gegen die Vision und die politischen Ambitionen eines grünen Wachstums ins Gewicht.

All diese Herausforderungen, die vollkommen konträr zu der Beschwörung eines grünen Wachstums stehen, machen nachvollziehbar, warum Denker/innen zum Schluss kommen: „Grünes Wachstum“ und dessen Zukunft gibt es nicht.⁶⁸

⁶⁷ Klein (2019). S.296.

⁶⁸ Hermann (2022). S.113.

3. Beleuchtung wirtschaftlicher Alternativen

Beginnend mit der Darlegung, welche grundlegende Verbindung zwischen dem Klima, konkret der aktuellen Klimaerwärmung, und der Wirtschaft, beziehungsweise der derzeitigen Wirtschaftsform des Kapitalismus, besteht, ist die Problemanalyse im ersten Teil dieser Arbeit behandelt worden. Auf diese muss nun auch die Beleuchtung wirtschaftlicher Alternativen und damit Lösungsansätze zu der dargelegten Problematik und dem Status Quo bzw. dem angestrebten Zustand fortwährenden grünen Wachstums folgen.

Wie im Weiteren gezeigt wird, sind die folgenden Wirtschaftsalternativen verschiedenartig in ihrer Umsetzung, jedoch in gewissen Grundsätzen ähnlich: Ihnen ist eine Abkehr von den allein CO₂-zentrierten Zielvorgaben in der Klimapolitik gemein. Je nach Auslegung können sie (alternatives) Wachstum beinhalten oder sich davon gänzlich lossagen. Dabei liegt eine Erhöhung des gemeinschaftlichen Wohls mit ethischen Fragen und Werten im Mittelpunkt der Diskursanalyse, nicht jedoch die rein marktorientierte, profitable, monetäre.

3.1. Die Gemeinwohlökonomie nach Felber

Der Österreicher Christian Felber entwirft ein Wirtschaftsmodell, welches bereits 2300 Unternehmen und 200 Vereine weltweit umfasst. Auf Mechanismen der Marktwirtschaft beruhend, stehen private Unternehmen und Eigeninitiative der Individuen im Zentrum. Deren Interesse liegt nicht im Streben nach finanziellem Gewinn in Konkurrenz zueinander, sondern in der Kooperation hin zum größtmöglichen Wohl der Allgemeinheit.⁶⁹ Die Vision ist einfach: Die Wirtschaft müsse „menschlicher, sozialer, verteilungsgerechter, nachhaltiger, demokratischer – rundum ethischer werden: gemeinwohlorientierter“.⁷⁰ Den Kapitalismus und den heutigen Wirtschaftsbegriff kritisierend, in dem Wirtschaftsakkumulation und Mehrung des Kapitals das höchste Ziel seien, möchte er die Grundbedeutung der „oikonomia“

⁶⁹ Vgl. Felber (2018). S.4.

⁷⁰ Ebd. S.17.

zurückbringen, in welcher alle ein gutes Leben führen und die Wirtschaft bloß Mittel zum Zweck, nicht der Zweck selbst sei.⁷¹

Festgelegt wird das Gemeinwohl in Felbers Modell demokratisch und partizipativ durch Diskussions- und Abstimmungsprozesse. Der Begriff sei nicht festgelegt, könne sich wandeln und die Basis dafür nach den jeweiligen Werten der „Gemeinwohl-Gemeinden“ ausrichten.⁷² Jedoch gäbe es eine verbindliche „Gemeinwohl-Bilanz“, gesetzliche Standards in einem Punktesystem, welche Unternehmen auf verschiedenen Ebenen erfüllen müssten. Wie sie in der Bilanz abschneiden, wäre den Konsument/innen auf Produkt oder Dienstleistung ersichtlich.⁷³ Es wird ein Anreiz- und Belohnungssystem für das gemeinwohl-orientierte Streben der Unternehmen geschaffen, welches sich im rechtlichen Rahmen auf Vorrang bei Auftragsvergaben, günstigeren Krediten, Steuererleichterungen, Kooperationen zur Forschung und direkte Förderungen stützt.⁷⁴ Dagegen verlieren Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie nicht nach dem Gemeinwohl streben bzw. nach einer umso positiveren Bilanz. Sie gingen in Konkurs aufgrund des Aufstiegs in die höchsten Steuer-, Zins- und Zollklassen, so Felber.⁷⁵ Er räumt ein, dass die Gemeinwohlökonomie derzeit tendenziell nicht weltweit wettbewerbsfähig sei, die Rahmenbedingungen der Messung des Erfolgs aufgrund von geldbasierten Erfolgsindikatoren, bedingungslos freiem Kapitalverkehr und Freihandel, berücksichtigend. Die Alternative sei „freier Handel zwischen Gleichen“, Ländern mit denselben Standards zum Schutz gegen geringere Standards anderer Staaten, um die demokratischen Werte zu schützen.⁷⁶ Zur Frage nach dem Wachstum erfolgt die Antwort, dieses gäbe es in Form von wachsendem Allgemeinwohl, Lebensqualität und Zufriedenheit durch die Deckung von Grundbedürfnissen, sinnhafter Beschäftigung und partizipativer Gerechtigkeit. Dabei könne das BIP (Bruttoinlandsprodukt) steigen, müsse es aber nicht. Durch die Abwendung von Geldakkumulation als Ziel, werden Geld, BIP und andere Wertmessungen nur Mittel, nicht mehr bloßes Ziel, so Felbers Devise.⁷⁷

⁷¹ Ebd. S.18.

⁷² Ebd. S.88-90.

⁷³ Ebd. S.96, 102-105.

⁷⁴ Ebd. S.106-107.

⁷⁵ Ebd. S.520.

⁷⁶ Ebd. S.551-553.

⁷⁷ Ebd. S.553-554.

Felbers Ansätzen liegt auch die Doughnut-Ökonomie von Kate Raworth zugrunde: Sie hat als Erste die These entwickelt, es gäbe zwei Limits, die biologische und die soziale Grenze. Die erste ist, was den Menschen von Erde und Natur an Ressourcen offensteht. Die zweite, inwieweit ebendiese Ressourcen ausgeschöpft werden müssen bzw. welcher Umweltverbrauch stattfinden müsste, um die Grundbedürfnisse aller Jahr für Jahr stillen zu können. Alles, was dazwischen liegt, ist „Reserve“. Indem bei Raworth die soziale Grenze unter der biologischen liegt und diese nicht überschreitet, gilt es für Felber als wissenschaftlich bewiesen, dass die Erde noch immer genug für die Grundbedürfnisse der gesamten Weltbevölkerung biete, nicht aber darüber für Luxus und Gier.⁷⁸

Mittels dieses Modells eröffnet sich für Felber wiederum ein Tauschsystem: Einem jeden Menschen stehen sein unverhandelbares, bedingungsloses Recht auf seine Grundbedürfnisse zu. Jedoch könnte „unverbrauchter“ Anteil, jener der Reserve, zu einem handelbaren Verbrauchsgut werden und genutzt werden, indem ärmere oder sparsamere Menschen ihren Anteil an die Reicheren verkaufen, die sich, als Resultat, einen „gemäßigten“ Luxus gönnen können. Alternativ könne man diesen Anteil auch an internationale Organisationen geben.⁷⁹ Wichtig dabei ist Felber, dass die Wissenschaft bewiesen habe, eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs und materiellen Konsums müsse nicht zwangsläufig eine Einbuße an Lebensqualität bedeuten. Ganz konträr: Es lebe sich einfach besser in einer ökologisch-nachhaltigen, demokratisch-funktionierenden, gerechteren, sozialeren, faireren Welt, ohne Ausbeutung und im Wissen, dass andere für den eigenen Konsum nicht haben leiden müssen.⁸⁰

Felber führt in seiner Auslegung dieses Wirtschaftsmodells auch die verschiedenen Pfeiler seiner marktwirtschaftlich-orientierten Wirtschaftsweise aus. Darin erwähnt er unter anderem den Pfeiler öffentlicher und gemeinschaftlicher Güter, „demokratischer Allmenden“ und (privater) „Commons“. So sei die Vergesellschaftung öffentlicher Güter in solchen Basis und

⁷⁸ Ebd. S.560-561.

⁷⁹ Ebd. S.561-564.

⁸⁰ Ebd.

Nährboden für die Initiative privater Unternehmen, entgegen einer Bildung von Monopolen und Förderung der Marktfreiheit im Sinne der Gerechtigkeit. Dies umfasse Trinkwasser- und Energieversorgung, öffentlichen Verkehr, Bildung, Abfallentsorgung, Gesundheit und Pflege. Sie stünden unter der direkten Kontrolle der Bürger/innen, ohne vom Staat direkt und zentral organisiert werden zu müssen. Weiters nennt Felber auch die „Notwendigkeit einer Postwachstumsökonomie“ als einen dieser Pfeiler. Besonders ist dies in dem Kontext, dass Felber seine Gemeinwohlökonomie prinzipiell marktwirtschaftlich organisiert und auslegt, diese aber aus verschiedenen Denk- und Wirtschaftsmodellen speist und anreichert. In diesen selbst sehe er Vor- und Nachteile, die Vorzüge aber inkludiert er in seinem Wirtschaftsmodell. Vielfalt sei auch da das „Leitmotiv“.⁸¹

Im Folgenden werden zwei weitere Denkrichtungen vorgestellt, die den Werten der Gemeinwohlökonomie Felbers teils stark entsprechen, teils konkretere Praxisentwürfe ausbilden. Wie Felber seinen Grundsatz der Vielfalt definiert, könnten diese potenzielle Modelle zur Erreichung einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft sein.

3.2. Der Green New Deal

Ein Green New Deal, der seinen Namen aus dem New Deal unter dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, dessen rascher zeitlicher Verwirklichung und radikaler Ambition speist, ist anderen Denker/innen zufolge ein ebenso gangbarer Weg. Der New Deal war ein Politpaket der 1930er Jahre, um der großen Armut während der Großen Depression und ökologischen Missständen in den USA entgegenzuwirken.⁸²

⁸¹ Ebd. S.545-550.

⁸² Vgl. Klein (2019). S.33.

Unter der Verwendung des Berichts von Fergus Green und Noel Healy sind in Kapitel 2.2.1. bereits die Zusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Ungleichheiten und der Klimakrise beschrieben worden. Zur Lösung beider schlagen sie einen Green New Deal (GND) als Bündel sozialer, wirtschaftlicher und demokratischer Reformen vor, indem sie den Ansatz vertreten, mittels dieser wäre eine Dekarbonisierung effizienter erreichbar als durch CO₂-zentrierte Maßnahmen allein.⁸³ Dabei muss erwähnt werden, dass es verschiedene Auslegungen des Begriffs gibt und er damit nicht eindeutig ist, hier wird aber nur Bezug auf Greens und Healys Entwurf, der relativ generalisiert gehalten ist, genommen.

Die Funktion des Staates in einem GND fällt sehr zentral und aktiv aus: Ihm wird eine große Rolle beigemessen, Märkte durch Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen, in Gesetzen, Finanzpolitik, und Innovationen zu „kreieren“, zu „formen“ und zu „steuern“. Dies mit dem Ziel, breitere soziale Ziele zu erreichen, die umfassen: Die Versorgung aller mit Gütern und Leistungen, die ihre Grundbedürfnisse befriedigen; die Verringerung ökonomischer Ungleichheiten; die Beseitigung rassistischer, kolonialistischer und sexistischer Unterdrückung. Die Autoren betonen die innewohnende Verknüpfung zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, weswegen auch nur deren gemeinsame Beseitigung zu einer wirklich nachhaltigen Zukunft führen kann. Erreicht werden soll progressive politische Partizipation durch soziale Bewegungen: starke Bürgerbewegungen auf der einen (Zusammenschlüsse von Arbeitenden und gewöhnlichen Bürger/innen) und die passive Mitwirkung durch Wahlen nach dem demokratischen Mehrheitsprinzip auf der anderen Seite.⁸⁴

An erster Stelle steht dabei die nachhaltige soziale Versorgung, indem jede/r mit universellen Grundbedürfnissen aus CO₂-geringen und nachhaltigen Mitteln versorgt wird, beispielsweise der Anschluss an wärmeeffizientes und gasfreies Wohnen. Dem folgt die gerechtere Umverteilung von wirtschaftlicher und politischer Macht, wie gewerkschaftsfreundliche Reformen und die bereits erwähnte gerechte Inklusion marginalisierter Gruppen. Zudem solle

⁸³ Vgl. Green, Healy (2022). S.1.

⁸⁴ Ebd. S.2.

jede/m finanzielle Sicherheit zugestanden werden, welche in Form einer Stellengarantie und (bedingungslosem) Grundeinkommen bewerkstelligt werden sollte. Auf höherer Ebene müsse es auch zu unterstützenden makro-ökonomischen Institutionen kommen, die die finanzielle Koordination eines GND absichern. Grüne Investmentbanken werden als Beispiel angeführt. Nachvollziehbarerweise kommt das Konzept nicht ohne emissionszentrierte Maßnahmen zur Verringerung dieser aus, wie auch an letzter Stelle noch die Außenpolitik zu erwähnen ist, bei der GND-Regelungen unterstützt werden sollen, um einen globalen GND zu ermöglichen. Dies kann durch das Schließen internationaler Steueroasen und Schlupflöcher und den solidarischen Austausch technologischen Know-Hows und weiterem effizientem Wissen für eine globale Transformation zu einem GND gelingen, so die Autoren.⁸⁵

Green und Healy führen an, das Argument, eine drastische Minderung der sozio-ökonomischen Ungleichheit führe automatisch zu einer höheren Emissionsrate, stimme zwar prinzipiell, aber könne gelindert werden durch eine vollumfassende Umverteilung. Wenn nun Reichtum und damit Emissionen vom oberen wohlhabenden Ende her gekürzt werden und den Menschen am unteren Einkommensende mit ökonomischer Verbesserung auch zeitgleich Möglichkeiten für ein emissionsgeringes Leben dargeboten werden, indem Konsumgüter (nahezu) ganz dekarbonisiert werden (niederschwellige Zugänge und Anreize für öffentlichen Verkehr, Fernwärme, u.Ä.), sänke die sozio-ökonomische Ungleichheit zugunsten des Klimas statt dagegen.⁸⁶ Diese Logik ist auf das gesamte GND-Konzept und seiner Solidarität bzgl. Umverteilung und umfassender Gerechtigkeit anzuwenden.

⁸⁵ Ebd. S.8.

⁸⁶ Ebd. S.3-4.

3.3. Postwachstumsökonomien

Indem der Universitätsprofessor Niko Paech die Kausalzusammenhänge zwischen Wachstum und Förderung der Klimakrise beschreibt, entwirft er auch das Gegenmodell einer Wirtschaft ohne Wachstum, einer Postwachstumsökonomie, und wie diese zu erreichen sei.⁸⁷

Seine fünf Schritte hin zu einer solchen wirtschaftlichen Transformation formuliert er in den Bereichen der vermehrten Suffizienz, Subsistenz, Regionalwirtschaft, veränderter Modus der Produktion und institutionelle Innovationen.

So würde eine Reduktion des Angebots zugunsten einer Suffizienz nicht Mangel oder Verzicht für die Konsument/innen bedeuten, sondern zeitliche und finanzielle Befreiung von „Ballast“ und den Rückbau des ökologischen Ressourcenverbrauchs. Die Subsistenz erwachse aus den drei Kategorien der eigenen Produktion (z.B. Handwerk), selbstständiger Verlängerung und Verbesserung der Nutzungsdauer der (eigens) produzierten Güter und Nutzungsintensivierung. Dies würde den Bedarf an Produktion aus der Industrie und damit auch den Bedarf an Kapital senken. Indem ohne Wirtschaftswachstum auch weniger industrielle Arbeit vorhanden ist, wäre die freigewordene Zeit, die Menschen dann hätten, für diese Tätigkeiten zu gebrauchen. Zwischen den Extremen der absoluten Globalisierung und der totalen Subsistenz schlägt Paech Regionalökonomien vor, die die Regionen stärken würden, Kaufkraft an die Region gebunden wäre und gleichzeitig aber de-globalisiert würde. Im vierten Punkt würde Neuherstellung von Waren nur dem dringend notwendigen Ersatz dienen, während eine Kreislaufwirtschaft längerer und intensiverer Nutzung vorhandener Güter, Reparatur und Umgestaltung dieser im Vordergrund stünde. Der letzte Schritt beschreibt die umfangreiche Offensive zum Umbau vorhandener Strukturen, um diese ökologisch zu reformieren, seien es Boden-, Geld- oder Unternehmensformen. Dies führe zur Eindämmung der Gewinndynamiken, zur Entsiegelung verbauter Flächen, Subventionsprüfungen und Installation erneuerbarer Energien auf bereits versiegelten Böden, insbesondere der CO₂-fördernden Flächen wie Flug- oder Autobahnen und Parkplätzen. Nachhaltige Entwicklung würde gemessen werden an Öko- und CO₂-Bilanzen,

⁸⁷ Vgl. Paech (2020).

jedes Individuum hätte ein CO₂-Kontingent, welches es verbrauchen darf,⁸⁸ ähnlich wie in Felbers Gemeinwohlökonomie.

3.3.1. Degrowth, Commons, Kriegswirtschaft

Bevor man zu einer Postwachstumsökonomie gelangt, müsste zuerst von einer Stagnation oder Rezession des Wirtschaftswachstums („Degrowth“) ausgegangen werden. Tim Jackson stellt diesbezüglich fest, es gäbe noch keine voll ausgefeilte Makroökonomie für eine Postwachstumsgesellschaft.⁸⁹ Ansätze dazu eröffnen sich jedoch wiederum in zwei anderen Wirtschaftsmodellen, in einem von Ulrike Hermann und in einem anderen von Kohai Saito.

Hermann stellt fest, nur mit Verboten könne man eine Kreislaufwirtschaft aufbauen. Ein solcher Aspekt fällt bei Felbers Anreizsystem beispielsweise weg. Jedenfalls sieht sie die britische Kriegswirtschaft ab 1939 als Vorbild.⁹⁰ Um keine kostbare Zeit zu verlieren, stellte das Vereinigte Königreich die Wirtschaft baldigst auf „private Planwirtschaft“ um, in welcher der Staat vorgegeben hat, was produziert wird, die Unternehmen aber Eigentum der Besitzer geblieben sind, Betriebe weder verstaatlicht wurden noch ihnen die Betriebsführung vorgeschrieben ward. In dieser Wirtschaftsweise hat die britische Regierung den Balanceakt gewagt, ohne der sonst so wichtigen Importe und Exporte auszukommen, die Industrie rasch auf Kriegsproduktion umzustellen und die eigene Bevölkerung trotzdem noch ausreichend versorgen zu können. Letzteres hat in Form von gesunden und die Grundbedürfnisse erfüllenden Rationierungen von Nahrung und Dingen des täglichen Bedarfs stattgefunden, die unteren Schichten seien besser versorgt gewesen als zu Friedenszeiten. Man erhielt grundsätzlich das Gleiche, jedoch hatten Eliten den Vorteil, mit ihrem Wohlstand Luxuswaren zu erwerben. Der Konsum sei damals in kürzester Zeit um ein Drittel verringert worden.⁹¹

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Zit. n. Hermann (2022). S.214.

⁹⁰ Vgl. ebd. S. 228-229.

⁹¹ Ebd. S.237-241.

Dies ist der Grund, warum eben diese Wirtschaftsform Hermann als mögliches Zukunftsmodell erscheint. Weil grüne Technologien und Energien nur begrenzt vorhanden sind, müssten Konsum wie auch Produktion rationiert werden. Hier würde dann gezielt auf „grüne“ Güter bzw. auf jene von höchster Relevanz (z.B. Medikamente) gesetzt werden, abhängig vom grünen Energiekontingent, welches zur Verfügung steht. Also wäre es eine Steuerung in der Produktion von Gütern, wie es die Briten in der Kriegsmaschinerie vorgezeigt haben. Rationierungen hingen dann an der Nachhaltigkeit von Produkten, beispielsweise bei CO₂-intensiven Lebensmitteln wie Fleisch. Manche Branchen müssten klar schrumpfen, oder wären vollkommen überflüssig. Der Staat müsse den Übergang geordnet stattfinden lassen, steuern und alle Bürger/innen darin absichern.⁹²

Kohai Saito hingegen bevorzugt einen „Degrowth-Kommunismus“ über den Weg der „Commons“. Letztere sind bereits bei Felber gefallen, eine Art der Vergesellschaftung oder Ausbildung von Genossenschaften von Grundnutzungsgütern für die Allgemeinheit. Saito aber, anders als Felber, zielt auf eine gänzliche Transformation zu einem kommunistischen Degrowth. Als Grund entgegnet er, ein kapitalistischer Degrowth finde derzeit in Japan statt, indem das BIP nicht mehr steige, dies aber weder der Umwelt noch den Arbeitenden zum Vorteil gereiche. Auch ein auf Wachstum ausgerichteter Öko-Sozialismus würde an seine Grenzen stoßen, weswegen der Degrowth-Kommunismus für ihn der kombinierte gangbare Weg eines kommunistischen grünen Schrumpfens ist.⁹³

Man solle in das investieren, was man benötigt, statt in das, was Profit bringt, so Saito, womit man wieder bei der Suffizienz wäre. Kapitalbeschränkung, Arbeitszeitreduzierung, Abschaffung der übermäßigen Konzentration von Reichtum und der daraus gewachsenen Ungleichheit, Entziehung verschiedener Branchen dem Markt, eine Ausbildung der Commons in den Bereichen der Grundgüter, wie auch bei Felber ausgeführt. Der konkrete Unterschied besteht bei Saito wiederum darin, dass seine Alternative einerseits zwar auch partizipativ gedacht ist wie Felbers, jedoch er konkret den Dialog von Umweltaktivist/innen und den Arbeiter/innen forcieren möchte. Nur solche Initiativen würden den notwendigen Wandel

⁹² Ebd. S.253-255.

⁹³ Vgl. Konecny, M.; Saito, K. (2023). S.23-24.

bringen, an Produktion, statt bloß an Konsum andocken. Allerdings ist es auch eine andere Art, auf das Gemeinwohl zu blicken, bedenkt man, wer die Produktionsmittel besitzen solle. Dabei kritisiert Saito einen „kapitalistischen Degrowth“, bei welchem die grundlegende Struktur des Kapitalismus auch ohne Wachstum erhalten bleiben könnte. Dies sei gegeben, wenn man in dieser grünen wachstumsfreien Gesellschaft die Arbeitsweisen, -verhältnisse und -zustände der Arbeiter/innen nicht änderte, so Saitos Beanstandung, und man sich stattdessen bloß auf das Stagnieren oder Fallen des BIP fokussiert.⁹⁴ Diesem Vorgehen könnte man Hermanns Vorschlag einer „privaten Planwirtschaft“ zuordnen, wo sich nicht unbedingt das Wie, also die Kapitaleigentümer und Arbeiterverhältnisse, sondern das Was an produzierter Ware ändere. Immerhin würde der Kapitalismus jedenfalls „künstlichen Mangel“ und Verknappung erzeugen, der Kommunismus aber Überfluss bieten, schließt Saito.⁹⁵

3.3.2. Nullwachstum und Covid-19 als Beispiel

Aus ihrer Kritik an einem fehlenden internationalen Vorschlag für eine Wirtschaftsweise ohne Wachstum führen Kurz, Spangenberg und Zahrnt einen ebensolchen Vorschlag, oder zumindest Überlegungen dazu, aus. Wirtschaftliche Entwicklung ohne ein konstantes Wachstum der Wirtschaft sei eine „große gesellschaftlich-kulturelle Herausforderung“, die nach mehr Diskursen von seitens der Wissenschaft verlange, jedenfalls aber zu einer risikoärmeren Klimapolitik beitragen könne.⁹⁶

So sehen die angeführten Wissenschaftler in einem Null-Wachstum, also einer Begrenzung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. dessen Konstanz über eine längere Zeitspanne, keine „realitätsfremde Annahme“ mehr, in Relation betrachtet mit den tendenziell-fallenden bzw. stagnierenden Wachstumsraten der Industriestaaten. Zudem würde die endliche Begrenzung durch planetare Grenzen auch eine Wachstumsbeschränkung (möglicherweise) erzwingen:

⁹⁴ Ebd. S.23-26.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Vgl. Kurz; Spangenberg; Zahrnt. (2019). S.39.

Denn gegenteilig würde die Überschreitung dieser existenten Grenzen negative Rückkoppelungseffekte auf das Wachstum selbst haben können.⁹⁷

Ferner führen sie fort, dass die primäre Einkommensverteilung wenig betroffen wäre von einem Wachstumsstopp. Denn die prozentualen Anteile änderten sich, auch bei positivem Wachstum, nicht. Die oberen Einkommensschichten seien aufgrund der Vermögenskonzentration dabei stets die Gewinner. Mehr noch würde die sekundäre Einkommensverteilung, welche über Steuern und (Sozial-)Leistungen des Staates auf die primäre Verteilung Einfluss nimmt, ihre Einnahmen nun stärker aus der Belastung der oberen Einkommensschichten erzielen, beispielsweise in Form von Erbschafts-, Vermögens-, Grund- und progressiven Einkommenssteuern. Nichtsdestotrotz bliebe bei der starken (Über-)Alterung der Gesellschaft noch die Frage der Finanzierbarkeit der Bereiche Gesundheit, Pflege und Pensionen. Vor allem, wenn die Staatseinnahmen beschränkt wären und sich aus einem gleichbleibend regulierten Kontingent speisten, welches aber mehr und mehr durch notwendige Investitionen beansprucht wäre. Während der Fokus lange Zeit auf Wachstum als sozialem Ausgleichshebel gelegen ist, würden bei Nullwachstum Fragen von Verteilung und Gerechtigkeit zentraler.⁹⁸

Verbunden mit der Funktionsfähigkeit eines Nullwachstums wäre auch, inwieweit die marktwirtschaftliche Systemdynamik (in puncto Wachstum) sich überhaupt steuern lässt. In der Transformation eröffnen sich auch Risiken verbunden mit ökonomischen Abwärtsprozessen und sektoralen oder regionalen Auswirkungen in der Wirtschaftsstruktur. Diese könnten den Klimaschutz und die Nachhaltigkeit unterstützen, jedoch „Brennpunkte“ entstehen lassen, bei welchen wiederum politische Intervention nötig werde, wie beispielsweise in der Automobilindustrie. Allgemein gesagt seien mit der Beschränkung des BIP bis dato unerforschte Potenziale und Risiken verbunden. So gilt der Verweis in ihrer Schlussnote konkret auch der Dringlichkeit, in einem solchen Falle der Wirtschaftstransformation auf Nullwachstum die Abhängigkeit der stark mit Wachstum verbundenen Strukturen verringern zu müssen.⁹⁹

⁹⁷ Ebd. S.36.

⁹⁸ Ebd. S.37-38.

⁹⁹ Ebd. S.38-39.

Als ein Beispiel für ein temporäres Nullwachstum bzw. einen Degrowth, also nicht nur eine Stabilisierung ohne Zuwachs, sondern mehr noch eine Reduktion des BIP auf längere Sicht und in geplanter Weise, nicht aber bloß konjunkturbedingter Natur¹⁰⁰, kann die Covid-19-Pandemie (erzwungenermaßen) gereichen. Zwar haben noch nie dagewesene radikale Maßnahmen wie Lockdowns und gänzliche Unterbrechungen von freiem Handel und Personenverkehr auch ebensolche Herausforderungen mit sich gebracht (Kurzarbeitsmodelle, Arbeitslosigkeit, größerer Subventionsmaßnahmen des Staates zur Erhaltung von Unternehmen), aber auch grundlegende Fragen an die Tragbarkeit einer dermaßen globalisierten Welt gestellt. Diese Bedenken sind schnell wieder verworfen worden, nachdem sich die Lieferengpässe rasch lösen konnten und ein relativer Normalbetrieb wieder Eingang in die Wirtschaft gefunden hat.¹⁰¹

Gleichzeitig aber hat der bereits zitierte Emissions Gap Report 2020 der UN in seinen Schlüsselaussagen des Berichts verzeichnen können, dass die Covid-19-Pandemie zu einer kurzzeitigen Senkung („brief dip“) der CO₂-Emissionen um voraussichtlich insgesamt sieben Prozent hat führen können. Dies würde zwar auf lange Sicht nicht ausreichen zur Erreichung der Klimaziele für 2050, indem die Welt noch immer auf eine Erwärmung um 3°Celsius zusteure und die Versprechungen im Zuge des Pariser Klimaabkommens bedauerndwert unzureichend seien. Jedoch hätte eine grüne Erholung von der Pandemie („green pandemic recovery“) die Welt der Erreichung des 2-Grad-Ziels näherbringen können, während für das ideale 1,5-Grad-Ziel weitere Maßnahmen nötig wären. Eine solche grüne Transformation aus der Pandemie heraus ist aber weitgehend verfehlt worden, so der Bericht.¹⁰²

¹⁰⁰ Ebd. S.36.

¹⁰¹ Vgl. Flach; Braml (2020)

¹⁰² Vgl. Kuramochi, T.; den Elzen, M.; Peters, G. P. (2020). Key Findings; S.1-2.

4. Fazit

Januar 2024, nicht nur ein „glühend heißer Rekordmonat“, sondern der wärmste Januar seit Beginn der Aufzeichnungen und die Zwölf-Monatsmarke für das erste Jahresintervall mit Durchschnittstemperaturen global erstmals höher als 1,5° Celsius.¹⁰³

Dementsprechend ist zum Schluss dieser Arbeit allem voran festzuhalten, dass die eingangs beschriebenen politischen Bemühungen um eine Lösung der weltweiten Klimaproblematik offensichtlich notwendig sind, nicht aber allzu erreichbar scheinen. Gemäß dem Verfehlen der gesteckten Ziele befinden wir uns in einer neuen Situation des Handlungsbedarfs und Notstandes. Kein Land der Welt, auch Österreich nicht, erreichen ihre Ziele für eine klimaneutrale Zukunft, die im Pariser Klimaabkommen 2015 vereinbart worden sind mit einer Limitierung der globalen Temperatur auf bestenfalls 1,5°, maximal aber 2°-Celsius. Dies wiederum leitet über zur womöglich dringlichsten Fragestellung unserer Gegenwart: Was ist es, was der große Hebel sein könnte, sein muss, um die Klimakrise zu bewältigen? Die vorliegende Arbeit legt dazu eine mögliche, breit gestützte These dar: In der Wirtschaftspolitik liegen die Risiken und Chancen für oder gegen eine lebenswerte Zukunft und eine intakte Natur.

Nicht nur ist es so, dass Klima und Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden sind, indem die Treibhausgase die treibende Kraft hinter den Klimaveränderungen und stets mit Wirtschaftsleistung verbunden sind, sondern auch in der Art des Wirtschaftens, jene des konstant angestrebten Wachstums. Hinzu kommt, dass sozio-ökonomische Ungleichheit in direktem Zusammenhang mit dem Emissionsausstoß steht und damit die Klimakrise befördert. Damit muss eine funktionierende und zukunftsfähige Klimapolitik als ein umfassenderes Vorhaben gesehen werden hin zur Klimagerechtigkeit, statt zum bloßen Klimaschutz.

Aber eben der Kapitalismus sieht sich dieser Wachstumsproblematik gegenüber und damit auch der Frage nach seinem eigenen Fortbestand. Zwar sind der Wohlstand und die Güter, Freiheiten und Annehmlichkeiten moderner Demokratien auf seinen Verdienst zurückzuführen, jedoch

¹⁰³ Vgl. ZEIT ONLINE. (2024).

muss der ökologische Schaden beachtet und vor allem priorisiert werden. Schließlich ist die Ergründung der Frage diskutabel, welche „rapiden, weitreichenden, präzedenzlosen Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft“ diese sein müssten, die laut IPPC für eine Limitierung der globalen Erwärmung unter 1,5-Grad benötigt werden, wenn dieselbe Studie stets rein von Wachstumsszenarien und -pfaden für die Zukunft ausgeht.¹⁰⁴ Wirtschaftliches Wachstum in bisher gewohnten Ausmaßen wird ökologisch nicht mehr vereinbar sein mit den Zielen einer 1,5°Celsius-anstrebenden Welt, die Weltpolitik aber nimmt dies nicht zur Kenntnis. Ein Ausweichen auf die „grüne Wende“ und „grüne Transformation“ soll die ersehnte Lösung bieten, ein gänzlich Umstellen der Ökonomie auf grüne Energien wird bei gleichbleibender Nachfrage und Konsum aufgrund ihrer begrenzten Kapazitäten in Nutzung, Speicherung und Verarbeitung nicht möglich sein. Grünes Wachstum bleibt eine von Wirtschaft und Politik noch immer hart verteidigte und hochgepriesene Illusion.

Folglich müssen Alternativen gedacht werden: Auf der einen Seite kann man es als positiv bewerten, dass es diese tatsächlich gibt. Andererseits aber sind es meist die Ziele, wie eine klimaneutrale Zukunft aussehen sollte, nicht aber der Weg dorthin, welcher sich zweifellos als herausfordernd erweisen wird. Christian Felber schlägt eine Gemeinwohlökonomie vor, welche mit Anreizsystemen arbeitet hin zum größtmöglichen gemeinschaftlichen Wohl, wozu auch der Schutz und die Wahrung der Umwelt zählen. Diese Ökonomie hat per se gute und wichtige Grundsätze, wie eine Wirtschaft zum Wohle aller gestaltet werden soll, statt um des Geldes willen. Indem Felber seine Idee auf einem Anreiz- und Abschrecksystem baut, die Wirtschaft dem freien Markt und Unternehmen mit eigener Entscheidungsgewalt überlässt, kann dieses System dazu führen, die notwendigen Veränderungen nicht zeitnah erbringen zu können. Ausbildungen einer Postwachstumsökonomie oder eines Degrowth-Kommunismus wären zwar zweckbringend, in ihren Formen von Regionalwirtschaft und Vergesellschaftung aber aktuell fast undenkbar. Die ökologische Kriegswirtschaft würde wegen ihren Rationierungen ebenso wenig Anklang finden. Ein Green New Deal aber könnte am ehesten noch den aktuellen internationalen Machtverhältnissen entsprechen und Maßnahmen dieser anderen Denksysteme teilweise in sich bündeln. Auch nur ein Bündel an verschiedenen Systemen, wie es Felber

¹⁰⁴ Zit. n. Kurz; Spangenberg; Zahrnt. (2019). S.35.

vorschlägt, ist realistisch aufgrund der Unmöglichkeit einer alternativen wirtschaftlichen Uniformität abseits des Kapitalismus.

Allgemein wird die Diskrepanz offenbar zwischen nicht ausreichender Reform und utopischer Revolution, ein Dilemma, in welchem wir uns gerade wiederfinden, ohne es wahrscheinlich wirklich wahrzunehmen. Ein jedes dieser Systeme würde mehr oder weniger eine drastische Veränderung für den Alltag im globalen Norden bedeuten in der Realisation, nicht mehr auf Kosten anderer und/oder der Natur leben zu können. Gleichzeitig eröffnen sich aber Möglichkeiten, gemeinwohlorientierter und gerechter zu wirtschaften und zu leben.

Schwierigkeiten haben sich schließlich dabei eröffnet, ein so großes Thema in seine Bruchstücke zu zerlegen, den richtigen Zugang zu wählen und sich in der Auswahl von thematischen Bestandteilen zu beschränken. Weiters sind wichtige Fragen nicht miteinbezogen worden aufgrund der Rahmensprengung einer vorwissenschaftlichen Arbeit. Darunter fallen die nähere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen; die Frage, wie ein „kapitalistischer Degrowth“ aussähe, wenn kapitalistische Arbeitsprozesse von Bestand bleiben, das, dem Kapitalismus aber inhärente, Wachstum wegfällt. Zudem die Betrachtung, wie Staaten des globalen Südens der Notwendigkeit wegen weiterhin wirtschaftlich voranschreiten können, damit aber ihre planetaren Reserven nicht aufbrauchen. Ausgeklammert worden ist auch, wie die aktuelle Nicht-Beachtung der klimatischen Dringlichkeit Raum bietet für massive Fluchtbewegungen, Ressourcenkriege und politische Verwerfungen.

Diese Arbeit dient deshalb auch als Überblick, der den zentralsten Fragen Raum zu geben versucht und zum Fazit hat, dass Veränderung vonnöten ist, die man sich gesellschaftlich aktuell noch nicht vorzustellen vermag. Eine ökologische Zukunft wird ohne wirtschaftliches Wachstum, aber mit einem Schrumpfen und gemeinwohlorientierter Veränderung einhergehen müssen für eine lebenswerte Zukunft. Eben dafür stehen uns mehrere Pfade offen, wobei womöglich das Bündel dieser der realistischste und gangbarste Weg ist.

Literatur

Printquellen

Dittrich, Elisabeth; u.a.: Global 8. Geographie und Wirtschaftskunde. 1. Auflage. Wien: Österreichischer Bundesverlag öbv 2023.

Hermann, Ulrike: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden. 1. Auflage. Köln: Kiepenheuer & Wietsch 2022.

Klein, Naomi: Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann. 1.Auflage. Hamburg: Hoffmann und Campe 2019.

Konecny, Martin; Saito, Kohai: „Kapitalismus bedeutet Mangel“. Interview. In: Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung. 2023, 10.

E-Books

(Anmerkung: Angegeben im OverDrive-Format; Seitenzahlen können je nach Format und Einstellungen von Schriftgröße u.Ä. abweichen)

Felber, Christian: Die Gemeinwohl-Ökonomie. Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft. Aktualisierte Ausgabe. Wien: Deuticke 2018.

Meadows, Donella H. u. a.: The Limits to Growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind. 1.Auflage. New York: Universe Books 1972. (Zugriff auf PDF statt OverDrive-Format)

Milanovic, Branko: Kapitalismus global: Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht. 1.Auflage. Berlin: Suhrkamp 2020.

Piketty, Thomas: Eine kurze Geschichte der Gleichheit. 4.Auflage. München: C.H.Beck 2022.

Winkler, Daniela (Hrsg.): Umgang mit einer Menschheitskrise. Zur Einführung. In: Klimawandel – Klimakrise – Klimakollaps. 1.Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2021.

Saito, Kohai: Systemsturz: Der Sieg der Natur über den Kapitalismus. Aktualisierte Ausgabe. München: dtv 2023.

Schiffers, Maximilian: Lobbying und Politikwandel in der Politik. In: Winkler, Daniela (Hrsg.): Klimawandel – Klimakrise – Klimakollaps. 1.Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2021.

Zellner, Reinhard: Klimawandel: Fakten und Ursachen. Eine naturwissenschaftliche Perspektive. In: Winkler, Daniela (Hrsg.): Klimawandel – Klimakrise – Klimakollaps. 1.Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2021.

Audiovisuelle Quellen

ARTE-Journal: Österreichs Böden verschwinden unter Betondecken und die Politik scheitert an einer Gegenstrategie. Sendung vom 27.08.2023. <https://www.arte.tv/videos/112537-069-A/arte-journal-27-08-2023/>. [Zugriff: 29.08.2023].

Internetquellen

APA; Der Standard: Nach Kritik an Rede lädt Kanzler in Sachen Klima zum Gespräch. Bericht vom 19.03.2023. <https://www.derstandard.at/story/2000144654692/nach-kritik-an-rede-laedt-kanzler-in-sachen-klima-zum>. [Zugriff: 13.11.2023].

Auer, Martin; Novy, Andreas: „Woher kommt der Zwang zum Wachstum?“. Interview mit dem Universitätsprofessor Andreas Novy in °Celsius. Der Klimablog von Scientists for Future Österreich. vom 22.06.2023. <https://at.scientists4future.org/2023/06/22/wachstumswang-interview-andreas-novy/>. [Zugriff: 13.11.2023].

Chancel L.; Piketty T.; Saez E.; Zucman G. (2022): World Inequality Report 2022. <https://wir2022.wid.world/executive-summary/>. [11.11.2023].

Europäische Union: Umsetzung des Europäischen Grünen Deals. Das entscheidende Jahrzehnt. Europäische Kommission. 14.07.2021. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/attachment/869415/Architecture_Factsheet_DE.pdf. [Zugriff: 04.01.2024].

Flach, Lisandra; Braml, Martin T.: Bedeutet Corona das Ende der Globalisierung? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Vom: 19.11.2020. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/europa-wirtschaft/318378/bedeutet-corona-das-ende-der-globalisierung/>. [Zugriff: 04.01.2024].

Gore, Timothy. (2015): Extreme carbon inequality: Why the Paris climate deal must put the poorest, lowest emitting and most vulnerable people first. Oxfam International. <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/582545/mb-extreme-carbon-inequality-021215-en.pdf;jsessionid=8CB73B9C48B17C073A478687687348EB?sequence=9>. [Zugriff: 01.11.2023].

Green, Fergus; Healy, Noel (2022): How inequality fuels climate change: The climate case for a Green New Deal. In: One Earth 5/6:635-349. [https://www.cell.com/one-earth/fulltext/S2590-3322\(22\)00220-2](https://www.cell.com/one-earth/fulltext/S2590-3322(22)00220-2). [Zugriff: 01.11.2023].

International Panel on Climate Change (IPCC): Fourth Assessment Report: Climate Change 2007. The Physical Science Basis. What ist the Greenhouse Effect? https://archive.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg1/en/faq-1-3.html#:~:text=In%20the%20industrial%20era%2C%20human,effect%2C%20thus%20warming%20Earth's%20climate. [Zugriff: 04.09.2023].

Kuramochi, Takeshi; den Elzen, Michel; Peters, Glen P. (Lead-Autoren) In: Global emissions trends and G20 status and outlook. In: Emissions Gap Report 2020. United Nations Environment Programme. <https://www.unep.org/emissions-gap-report-2020>. [13.09.2023].

Kuramochi, Takeshi; den Elzen, Michel; Peters, Glen P. (Lead-Autoren) In: Emissions Gap Report 2020. Key Messages. United Nations Environment Programme. <https://wedocs.unep.org/xmlui/bitstream/handle/20.500.11822/34461/EGR20KM.pdf?sequence=17>. [04.01.2024].

Kurz, R., Spangenberg, J. H., u. Zahrnt, A. (2019). IPCC Report - Das fehlende Szenario „Klimaschutz ohne Wachstum“. *Ökologisches Wirtschaften - Fachzeitschrift*, 33(2), 35–39. <https://doi.org/10.14512/OEW340235>. [Zugriff: 03.01.2024].

Miller, Maximilian: Klimaforscher: Kanzler hat Ernst der Lage nicht verstanden. Kleine Zeitung: 12.03.2023. https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6262066/Nach-NehammerRede_Klimaforscher_Kanzler-hat-Ernst-der-Lage-nicht. [Zugriff: 13.11.2023].

Mischitz, V.; Yossef, A.; Sonnweber, P. (2022): Fünf Gründe, warum Erdgas nicht nachhaltig ist. Vom: 10.01.2022. <https://www.derstandard.at/story/2000132363570/5-gruende-warum-erdgas-nicht-nachhaltig-ist>. [Zugriff: 06.01.2024].

Mountford, Helen; u.a. (2018). The New Climate Economy: Unlocking the Inclusive Growth Story of the 21st Century. Accelerating Climate Action in Urgent Times. <https://newclimateeconomy.report/2018/>. [Zugriff: 04.01.2024].

o.V.: Euronews vom 08.08.2023. In Bildern: Sloweniens "schlimmste Naturkatastrophe" aller Zeiten nach Überschwemmungen. <https://de.euronews.com/green/2023/08/08/in-bildern-sloweniens-schlimmste-naturkatastrophe-aller-zeiten-nach-uberschwemmungen> [Zugriff: 04.09.2023]

o.V.: Tagesschau vom 15.07.2023. Waldbrände in Kanada. „Schlimmer als unsere schlimmsten Befürchtungen“. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/kanada-waldbraende-120.html#:~:text=Der%20bisher%20h%C3%B6chste%20Wert%20zerst%C3%B6rter,zufolge%20insgesamt%204088%20Feuer%20registriert>. [Zugriff: 04.09.2023]

o.V.: ZDF-heute vom 07.12.2022. Guterres: Massenvernichtungswaffe Menschheit. UN-Chef vor Weltnaturgipfel. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/klima-cop15-guterres-frieden-natur-100.html>. [Zugriff: 04.09.2023].

o.V.: ZDF-heute vom 29.07.2023. Rekord-Höchsttemperatur. Temperaturrekord auch im Mittelmeer. <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/temperatur-meer-nordatlantik-mittelmeer-klimawandel-100.html#:~:text=Temperaturrekord%20auch%20im%20Mittelmeer,28%2C7%20Grad%20Celsius%20gemessen>. [Zugriff: 04.09.2023].

o.V.: ZEIT ONLINE vom 08.02.2024. EU meldet erste Zwölfmonatsperiode mit mehr als 1,5 Grad Erderwärmung. <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2024-02/copernikus-eu-klimawandeldienst-erderwaermung-januar-rekordhitze>. [Zugriff: 08.02.2024].

Österreichisches Umweltbundesamts: Österreich braucht ambitionierte Maßnahmen, um die EU-Klimaziele zu erreichen. Bericht vom 25.04.2023. <https://infothek.bmk.gv.at/oesterreich-wird-ohne-zusatzmassnahmen-eu-klimazielen-2030-verfehlen/>. [Zugriff: 13.11.2023].

Pachauri, R.K.; Meyer, L.A. (eds.) [Core Writing Team; u.a.]: IPCC, 2014: Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/SYR_AR5_FINAL_full.pdf. [Zugriff: 24.09.2023].

Paech, Niko: Postwachstumsökonomik. In: Wirtschaftslexikon Gabler. Vom: 06.01.2020. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/postwachstumsoekonomie-53487/version-372990>. [Zugriff: 03.01.2024].

Pollert, A.; Kirchner, B.; Polzin, J. M.: Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Das Lexikon der Wirtschaft. Kapitalismus. <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19938/kapitalismus/>. [Zugriff: 11.11.2023].

United Nations Environment Programme (UNEP): Governments plan to produce double the fossil fuels in 2030 than the 1.5°C warming limit allows. 2023. Online: <https://www.unep.org/news-and-stories/press-release/governments-plan-produce-double-fossil-fuels-2030-15degc-warming>. [Zugriff: 11.11.2023].

Spurny, Nina: Momentum Institut. Reichsten 10 Prozent verursachen in Österreich mehr Treibhausgase als Hälfte der Bevölkerung zusammen. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230410_OTS0012/reichsten-10-prozent-verursachen-in-oesterreich-mehr-treibhausgase-als-haelfte-der-bevoelkerung-zusammen. [Zugriff: 13.11.2023].

Zachariah, M. u. a.: Extreme heat in North America, Europe and China in July 2023 made much more likely by climate change. Word Weather Attribution. In: Grantham Institute for Climate Change. 25.07.2023. <https://www.worldweatherattribution.org/extreme-heat-in-north-america-europe-and-china-in-july-2023-made-much-more-likely-by-climate-change/>. [Zugriff: 24.09.2023].

Abbildungen

Abb. 1: CO₂-Reduktionswege für eine Klimastabilisierung bis 2050..... 6

In: Zellner, Reinhard: Klimawandel: Fakten und Ursachen. Eine naturwissenschaftliche Perspektive. In: Winkler, Daniela (Hrsg.): Klimawandel – Klimakrise – Klimakollaps. 1.Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2021. S.73.